

Vorwort

„Wutbürger“ wurde zum Wort des Jahres 2010. Und es beschreibt zutreffend die emotionale Verfassung eines stetig wachsenden Anteils von Wahlbürgern, die ihre Interessen von den derzeitigen Mandatsträgern in den bundesdeutschen Parlamenten immer weniger wahrgenommen sehen, die sich enttäuscht vom derzeitigen Parteienspektrum abwenden, und die sich immer stärker nach einer Alternative zu dem gegenwärtigen Parteiensystem sehnen.

Jüngstes Beispiel: bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen erhielten die beiden großen Volksparteien zusammen 43,4% der abgegebenen Wahlstimmen. Die Zahl der Nichtwähler dagegen betrug 46%, obwohl man in Bremen das Wahlrecht ab sechzehn eingeführt hatte. SPD-Genosse Jörn Thießen plädiert daher für eine Wahlpflicht und will Nichtwähler künftig abstrafen. Womit wir dann wieder beim System der Einheitssozialisten aus der ehemaligen DDR wären.

Für meinen kleinen Diskussionsbeitrag zur politischen Debatte in diesem Land war der vor wichtigen Landtagswahlen gezielt in die Öffentlichkeit lancierte Skandal um eine Doktorarbeit in der Causa Guttenberg, und die darin überdeutlich zu erkennende Absicht, einen im Volke überaus beliebten Politiker wegmobben zu müssen,

Anlass zur Feder zu greifen. Der Fall des Karl-Theodor zu Guttenberg zeigte wieder einmal überdeutlich das leicht durchschaubare Machtspiel und die Geringschätzung der derzeitigen politischen Kaste gegenüber der Volksmeinung. Daraus resultiert zunächst eine gehörige Portion Wut. Und die adäquateste Ausdrucksform, sich über Wut und Zorn Gehör zu verschaffen, ist die Polemik. Teilweise Überzeichnungen sind daher, um klarerer Konturen und Positionen willen, bewusst gewählt worden.

Es gibt bei uns unter dem angelsächsischen Begriff ‚Political Correctness‘ so etwas, das einen fairen und anständigen Umgang in der politischen Debatte impliziert. Da ist aber auch etwas, was man bei genauem Hinsehen als maßregelnden Gesinnungsterror vor allen Dingen im rot-grünen Lager ausmachen kann. Hier werden bestimmte Statements und Standortbestimmungen gewissermaßen nach dem Vorbild der katholischen Kirche auf den Index gesetzt. Ein Beispiel dafür ist das Parteiausschlussverfahren, mit dem die SPD gegenwärtig ihren Genossen Thilo Sarrazin überzogen hat. Auch der Begriff von der ‚deutschen Leitkultur‘ wurde gewissermaßen von einer ideologischen rot-grünen Minderheit indiziert, bis wir mit dem überbordenden Migrationsproblemen in der Wirklichkeit angekommen waren. - Die rot-grünen Wortführer selbst sind wenig zimperlich im Umgang mit ihren politischen Gegnern. Insbesondere, wenn es darum

geht, wertkonservatives Gedankengut als rechtsextremistisch zu verteufeln, oder als spießbürgerlich abzutun.

Rechtsextremismus ist aus dem politischen Grundkonsens einer Demokratie auszugrenzen. Dasselbe gilt aber auch für Linksextremisten, und pars pro toto für grüne und linke Gesinnungsterroristen. Gerade sie befördern mit der Tabuisierung von Themen, die ihrem ideologischen Milieu widersprechen, rechtsradikale Tendenzen im Land.

Insbesondere als Reaktion gegen den ‚Rot-Grünen-Migrationsfuror‘ hat auch ein europaweiter Rechtsschwenk eingesetzt. Nicht nur in der Alpenrepublik Österreich hat der Rechtspopulismus einen festen Platz, sondern nach einem Dominoeffekt ist die ausländerfeindliche Front National (FN) der Marine Le Pen in Frankreich zu einem politischen Machtfaktor geworden. Es folgte die Partei für die Freiheit (PVV) des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders. Eine rechtsliberale Minderheitsregierung in Den Haag kann seit Oktober 2010 nur noch mit Tolerierung der PVV regieren. Im einstigen Migrationsvorzeigeland Holland ist Multi-Kulti damit endgültig gescheitert. In Ungarn gar ist nicht nur eine Partei, sondern gleich ein ganzes Volk nach rechts gerückt. Hier gibt es nicht nur die rechtsextreme, rassistische und antisemitische Jobbik-Partei, sondern auch die derzeit regierende Fides-Partei von Regierungschef

Viktor Orban ist populistisch und rechtsorientiert. Zuletzt haben die früher so liberal-sozialen Skandinavier wie die Schweden oder erst kürzlich die ‚Wahren Finnen‘ gegen Überfremdung Front gemacht. Und die Dänen errichten wieder nationale Grenzkontrollen gegen den Ansturm von Migranten und Wirtschaftsflüchtlingen aus nordafrikanischen Ländern, die sich ihrer Despoten entledigt haben und nun ‚lupenreine Demokraten‘ geworden sind. - Übrigens befürworten laut einer jüngsten Umfrage von WELT online 84% aller Deutschen diese Maßnahme der Dänen, weil sie davon ausgehen, dass so Kriminelle und Flüchtlinge gestoppt werden könnten.

Der Prozess rechtspopulistischer Infiltration, könnte diesmal für Deutschland über Europa zum Bedrohungsszenario werden, und damit die europäische Integration insgesamt wieder rückläufig machen. Und ein dazu bereites Potential ist ganz offensichtlich vorhanden.

Um Deutschland, von dem gesagt wird, dass es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch der Vorreiter in Europa ist, diesen Rückfall in krudes, chauvinistisches Gedankengut zu ersparen, bedarf es eines gut aufgestellten wertkonservativen Lagers. Einer politischen Heimat für alle diejenigen, die sich in ihrer Mehrzahl angewidert vom derzeitigen Gesamtzustand von Politik und Gesellschaft abgewendet haben.

Bonn war zu keiner Zeit Weimar, wie manchmal überkluge Kommentatoren aus dieser Zeit meinten anmerken zu müssen. Berlin aber ist nicht nur geographisch wieder weit näher an Weimar herangerückt.

Indizien:

- **das bei wachsender Wahlenthaltung trotz 5% Sperrklausel sich immer mehr aufsplittende Parteiengefüge,**
- **das Ausmaß an Korruption und persönlicher Vorteilnahme,**
- **die Klientel-Politik einer stetig anwachsenden Kaste von Berufspolitikern quer durch alle Parteien,**
- **die Verfilzung von zwei tragenden Säulen der Demokratie in Legislative und Exekutive, durch eine überproportionale nach parteipolitischer Zugehörigkeit vorgenommene Besetzung von Stellen innerhalb des Beamtentums,**
- **das Anwachsen links- und rechtsradikaler Randgruppen mit zunehmender Gewaltbereitschaft,**
- **die Bedrohung durch fundamentalistischen islamischen Terror, den ersten Terroranschlag auf deutschem Boden haben wir bereits kürzlich erlebt,**
- **die Vernachlässigung von deutschem Kulturgut,**
- **die ohne Zustimmung des deutschen Volkes vollzogene Einführung von Euro und europäischer Verfassung. (Wir sind derzeit realiter weder bei der**

eigenen Verfassung noch bei der eigenen, nationalen Identität angekommen. Und der politisch und geostrategisch notwendige Weg zu einer europäischen Vereinigung wurde dem deutschen Volk weder angemessen vermittelt, noch wurde es auf dem Weg dorthin beteiligt)

- **und letztlich ein genereller Verfall von Werten und Normen nicht nur im eigenen, sondern auch im europäischen Haus. Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Europäer und damit das ‚christliche Abendland‘ schaffen sich einer erweiterten These von Sarrazin folgend , sukzessive ab.**

Eine klar kämpferischere Position als vergleichsweise Sarrazin gegen die Überfremdung durch Masseneinwanderung, die Aufgabe von eigenen Werten und Normen und für mehr nationale und europäische Identität, hat unter dem Eindruck des 11. September die Florentinerin Oriana Fallaci bezogen. Als eine der weltweit am meisten gelesenen Autorinnen hat sie als Kriegsberichterstatlerin hautnah die Konflikte dieser Welt erlebt, sich mutig der Maffia im eigenen Land entgegengestellt, aber auch auf die Gefahren des fundamentalistischen Islam hingewiesen und generell die massenhafte Einwanderung nach Europa an den Pranger gestellt.

„Der Europäer hat sich geradezu in den Suizid gestürzt – durch Verhütung, Abtreibung, Ehescheidung“, nicht

die Fallaci schreibt dies, sondern Gregor Henckel von Donnersmarck, ehemalige Manager und Abt des Zisterzienserklosters Heiligenkreuz in Österreich. Donnersmarck beschreibt damit eine andere Facette der Morbidität der ‚westlichen Kulturnationen‘ und geißelt darüber hinaus auch „die Gleichberechtigung anderer, nicht auf Fortpflanzung angelegter Lebensformen.“ Er folgert daraus: „In spätestens 200 Jahren dürfte es kein Europa mehr geben!“

Gemach Hochwürden, mit der häufig übertriebenen Selbstdarstellung im Bereich des gleichgeschlechtlichen Milieus haben Sie zwar recht, werfen Sie vor derartigen Anwürfen aber auch einen demutsvollen Blick auf die Sexualpraktiken in den Reihen der eigenen Würdenträger.

Als überzeugter Konfessionsloser und mit aus klassischer Schulbildung hinreichend ausgestatteten geschichtlichen Kenntnissen habe ich zudem keinerlei Interesse, irgendeiner Religion das Wort zu reden. Meinetwegen soll in Sachen Glauben mit den Worten Friedrichs des Großen: „Jeder nach seiner Fassung selig werden.“

Wichtiger im Hinblick auf eine Rückbesinnung auf Tugenden und Wertmaßstäbe sind allemal die das europäische Abendland nachhaltiger und im positiveren Sinn prägenden und verändernden Kräfte aus dem Zeitalter des Rationalismus, des Humanismus und der Aufklärung.